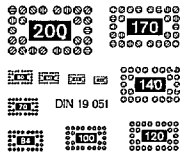




# STELLUNGNAHME DER GEW ZUM BILDUNGSPOLITISCHEN PROGRAMM DER CDU

Die GEW wertet das Bildungspolitische Programm der CDU im Hinblick auf aktuelle Fragen der Bildungspolitik.

Die GEW fragt:

1. Welchen Beitrag leistet das Programm zur Stärkung von Bildungspolitik in der politischen Auseinandersetzung?

2. Welche Lösungen schlägt es für wichtige Anforderungen des Bildungssystems vor?

3. Welche Antworten gibt es auf offenkundige Probleme im Bildungssystem?

## I. Zum Stellenwert von Bildungspolitik

In allen Parteien sind die Bildungspolitiker in die Defensive geraten. In der Diskussion um einen Solidarpakt und um die Sanierung der Staatsfinanzen darf das Bildungswesen nicht unter die Räder kommen. Es bedarf einer großen Anstrengung aller an Bildungspolitik Interessierten, um zu erreichen, daß im Zuge der drohenden Sparpolitik der nächsten Jahre die gegenwärtigen Standards des Bildungswesens nicht entscheidend verschlechtert werden. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung der Bildungspolitiker aus allen Lagern, und die GEW begrüßt ausdrücklich, daß in dieser Situation von der CDU durch die Vorlage ihres Bildungspolitischen Programms ein wichtiges Signal gegeben wird.
Die Tatsache, daß die eine der beiden großen Volksparteien die Geringschätzung von Bildungspolitik durch die Vorlage eines Programms überwinden will, kann durch die damit verbundenen Diskussionen und die Präsentation auf einem Kongreß und auf einem Parteitag der CDU, der Bildungspolitik einen neuen Stellenwert in der Politik geben.

Allerdings findet die GEW es bedauerlich, daß die damit gegebenen Chancen nicht genutzt wurden:

- Die Verhandlungen um den Länderfinanzausgleich und den Solidarpakt sowie die Wirtschaftsrezession machen deutlich, daß das Bildungswesen in den Verteilungskämpfen einen außerordentlich schweren Stand hat. Von einem Programm sind zu diesem Zeitpunkt klare Aussagen über unerläßliche Minimalbedingungen zur Ausstattung des Bildungssystems zu erwarten.

- Bildungspolitik erhält nur dann die von Bundeskanzler Kohl geforderte Priorität, wenn die programmatischen Aussagen der Parteien überzeugende Antworten auf die gegenwärtigen Probleme geben. Die GEW vermißt diese in weiten Teilen des Programms.

- Das Programm erweckt vielfach den Eindruck, als wolle die CDU bestimmte Entwicklungen im Bildungswesen, wie die Bildungsexpansion, die Veränderung der Schularten, neue Entwicklungen wie die Gesamtschule, mit Rezepten der Vergangenheit korrigieren. Konstruktive Antworten für vorhandene Probleme sind vielfach zu vermissen.

...

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

C 95 - 00099

## II. Anforderungen an das gegenwärtige Bildungssystem

*a) Die Bedeutung der Schlüsselqualifikationen als dem Kern schulischer Bildung.*

Die Diskussionen der letzten Jahre haben in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen - sowohl bei Vertretern der Unternehmen wie der Gewerkschaften - ein gemeinsames Ergebnis gezeitigt: Junge Menschen, die sich auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft behaupten wollen, die aber auch im gesellschaftlichen wie im privaten Bereich ihr Leben selbständig gestalten müssen, werden dies nur tun können, wenn sie in Schule und Ausbildung sog. Schlüsselqualifikationen erworben haben, beispielsweise die Fähigkeit zur Kooperation, die Fähigkeit zur Weiterbildung, Kreativität, Abstraktions- und Transferfähigkeit, Selbständigkeit im Denken usw.. Solche Ziele müssen allen Bildungsgängen gemeinsam sein. Von einem bildungspolitischen Programm heute ist zu erwarten, daß es die Bedeutung dieser Schlüsselqualifikation betont und daraus die notwendigen Folgerungen zieht.

Für die GEW ist unter diesem Blickpunkt die starke Betonung der Unterschiedlichkeit der Bildungsgänge und Schularten ebenso unverständlich wie die Vorliebe für ein Zentralabitur und abfragbares Wissen. Beide Tendenzen sind kontraproduktiv für ein Bildungswesen der Zukunft.

*b) Die Lebenslage von Kindern und Jugendlichen*

Nicht erst die Gewalttätigkeiten von Jugendlichen gegenüber Ausländern haben zu der Erkenntnis geführt, daß das Vertrauen der Gesellschaft auf das Funktionieren der traditionellen Erziehungsinstanzen trügt. Offensichtlich reicht das nicht aus, was Eltern leisten können; der Appell alleine an Eltern kann die Situation nicht ändern. Kinder und Jugendliche sind aufgrund der modernen Lebensverhältnisse, in denen die Medien eine zentrale Rolle spielen, sehr früh selbständig, ohne daß ihnen dafür die notwendigen Orientierungen vermittelt werden. Für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen traditionell wichtige Lebensmöglichkeiten wie Nachbarschaft und zugängliche Spielflächen, sind in ihrer Bedeutung rapide gesunken. Kinder und Jugendliche brauchen daher die Familie ergänzende Erziehungsinstanzen, seien es Kindergärten (auch ganztägig), volle Halbtagsschulen oder ganztägige Angebote, Ganztagsschulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und anderes mehr. Bildungspolitik kann daher nur noch zusammen mit Jugendpolitik und im Zusammenhang mit Gesellschaftspolitik gesehen werden.

Erstaunlicherweise erwähnt das Grundsatzprogramm relativ kurz "Betreuungsangebote". Schon die Wortwahl "Betreuung" zeugt von einem unzureichenden Konzept. Moderne Bildungspolitik bedarf der Ergänzung durch Kinder- und Jugendpolitik und muß mit den Anforderungen von Familien- und Frauenpolitik zusammen konzipiert werden.

*c) Die Integration von Ausländern*

Nicht erst die Entwicklung der letzten zwei Jahre hat deutlich gemacht, daß die Integration von Ausländern in unsere Gesellschaft ein zentrales Problem der Bildungspolitik wie auch der gesamten Innen- und Gesellschaftspolitik ist. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland - diese Erkenntnis hat sich inzwischen weitgehend durchgesetzt, umstritten ist faktisch alleine das Ausmaß der jährlichen Zuwanderung.

Das Bildungsprogramm der CDU läßt nur wenig von diesen Einsichten erkennen:

- Es fehlt an einer klaren Bestimmung dessen, was Integration von Ausländern in unsere Gesellschaft bedeutet. Offensichtlich geht auch die CDU davon aus, daß Ausländern ihre kulturelle Identität nicht genommen werden darf. Dann ist allerdings die Forderung nach muttersprachlichem Unterricht für Ausiänder unerläßlich - schon aus entwicklungspsychologischen Gründen ist dies vorderstes Gebot jeder Förderung.

...



- Es bedarf besonderer Programme, um die Benachteiligung von Ausländern im Bildungswesen aufzuheben. Die Stärke der Hauptschule ist teilweise nur noch auf den hohen Ausländeranteil, also die offensichtliche Benachteiligung von Ausländern, zurückzuführen. Der geringe Besuch von Gymnasien durch ausländische Schülerinnen und Schüler zeugt von ihrer gesellschaftlichen Randstellung. Selbst in der beruflichen Bildung haben Ausländer deutlich schlechtere Lebenschancen als gleichaltrige Deutsche.

- Deutschland als Einwanderungsland muß Thema aller Lehrpläne werden. Ausländer müssen sich in den Lehrplänen durch Berücksichtigung ihrer Kultur wiederfinden können. Deutsche müssen das veränderte Selbstverständnis Deutschlands als eines Einwanderungslandes verstehen lernen.

## III.

*a) Die Probleme der Schulstrukturen in Deutschland*

1) Die Union hat derzeit das für das Schulwesen zuständige Kultusministerium in Baden-Württemberg, in Berlin und vier ostdeutschen Ländern. In drei der sechs CDU-regierten Länder ist eine neue Schulart eingeführt worden: Die Mittelschule, Regelschule oder Sekundarschule, als eine Kombination von Haupt- und Realschule.

Von einem CDU-Bildungsprogramm wäre zu erwarten gewesen, daß es diese von CDU-Regierungen in den Neuen Ländern konzipierte Schulart unterstützt. Statt dessen wird schon durch die Nicht-Erwähnung diese Schulart geringschätzig behandelt. Das CDU-Programm macht in diesem Punkt den Eindruck, als sei es ein rein westdeutsches Programm, das die ostdeutschen Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, bewußt vor den Kopf stößt.

2) Die Hauptschule ist in allen Bundesländern in eine Krise geraten. Ausdruck dieser ist nicht zuletzt die in drei neuen Ländern geschaffene Mittelschule, Sekundarschule, Regelschule. Wer unvoreingenommen die schulpolitische Situation prüft, weiß, daß die Krise der Hauptschule unabhängig von der jeweiligen politischen Couleur der Landesregierung vorhanden ist. Bezeichnenderweise ist die Hauptschule vor allem in ländlichen und abgelegenen Regionen stark. Das heißt aber zugleich, daß Kinder und Jugendliche aus diesen Regionen offensichtlich geringere Bildungschancen als Kinder aus städtischen Ballungsgebieten haben; übrigens ist der Ausbildungstellenmarkt in den Neuen Ländern ein Indiz für die Haltung der Arbeitgeber. Dort haben Hauptschulabgänger, insbesondere Mädchen, fast keine Chancen für einen betrieblichen Ausbildungsplatz.

Die Antworten, die die CDU für die Krise der Hauptschulen gibt, sind unglaubwürdig. Nicht zuletzt CDU-Minister haben in den achtziger Jahren den Trend der Abkehr von der Hauptschule phantasiereich bekämpft, ohne an der Entwicklung wirklich etwas ändern zu können. Die GEW fordert die CDU auf, in einen offenen Dialog über die Krise der Hauptschule einzutreten; nicht aber realitätsblind an erfolglosen Rezepten festzuhalten.

3) Die CDU diffamiert in ihren programmatischen Aussagen die Gesamtschule. Die betreffenden Aussagen sind nur noch ideologisch zu verstehen, haben aber mit der Entwicklung dieser Schulart nichts zu tun.

Die GEW fordert die CDU auf, ihre ideologieverhaftete Politik gegenüber der Gesamtschule aufzugeben und endlich einen pragmatischen Weg gegenüber der Gesamtschule einzuschlagen.
Mindestforderung der GEW ist, die Gesamtschule dort zuzulassen, wo eine ausreichend große Anzahl von Eltern dies wünscht. Die GEW macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß die Gesamtschule in bestimmten ländlichen Regionen die Lösung vieler Schulprobleme darstellt. Sie kann am effizientesten wohnortnah für alle Schüler alle Bildungsangebote gewährleisten.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn
C 95 - 00099

4) Das Gymnasium steht nach wie vor im Mittelpunkt des bildungspolitischen Interesses, auch bei der CDU. Die GEW hält es für positiv, daß die CDU am Abitur als Zugang zur Hochschulausbildung festhält. Sie kritisiert allerdings sehr scharf, daß diese Aussage mit der Empfehlung gekoppelt ist, die gymnasiale Ausbildung auf 12 Jahre zu reduzieren und das Abitur nur über eine zentrale Prüfung zu verleihen. Beide Empfehlungen sind nicht im Interesse eines Gymnasiums, für das Bildung nach wie vor einen zentralen Stellenwert hat und das der Vorbereitung auf ein Hochschulstudium dient.

Im übrigen bedauert die GEW, daß die CDU sich der Auseinandersetzung mit dem Problem der Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung entzieht. Das berufliche Gymnasium ist ein wesentlicher Teil der schulpolitischen Landschaft geworden und verdient beispielsweise in seiner baden-württembergischen Ausführung auch Würdigung durch ein Programm der CDU. Die Kollegschule als Versuch der Integration allgemeiner und beruflicher Bildung erscheint der GEW ebenso der Förderung würdig wie ein altsprachliches Gymnasium.

*b) Die berufliche Bildung*

genießt derzeit, insbesondere was den schulischen Zweig angeht, einen geringen Stellenwert in der Politik. Die Ausstattung für die Berufsschulen läßt zu wünschen übrig, in den neuen Ländern ist sie vielfach katastrophal. Es fehlt am Lehrernachwuchs. Für Schülerinnen und Schüler verliert die berufliche Bildung offensichtlich an Attraktivität.

Das CDU-Programm gibt darauf in Ansätzen Antworten. Die GEW wünscht deren Verdeutlichung. Der Erhalt des dualen Systems der beruflichen Bildung wird nur möglich sein, wenn einerseits die Betriebe auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihren Ausbildungsverpflichtungen nachkommen und wenn andererseits das berufliche Schulsystem in das Zentrum staatlicher Bildungspolitik rückt.

Die Attraktivität der beruflichen Bildung wird nach Meinung der GEW dann wesentlich gesteigert werden können, wenn für 16jährige Menschen klar ist, daß ihnen der Weg in die berufliche Ausbildung die selben Lebenschancen vermittelt, wie der Weg über die gymnasiale Oberstufe und die Hochschule. Dies setzt voraus, daß der Zugang zu Fachhochschule und Universität aus dem Berufsleben möglich wird, unter Bedingungen, die jungen Menschen bei der Wahl zwischen Berufsausbildung und Abitur die Berufsausbildung aussichtsreich erscheinen lassen. Dies setzt zudem voraus, daß das Laufbahnrecht des Öffentlichen Dienstes geändert wird.

*c) Die Nostalgie der CDU*

Das gesamte bildungspolitische Programm der CDU ist von drei Tendenzen durchzogen, die viele rückwärtsgewandte Äußerungen verständlich machen:

- Es besteht ein ausgesprochenes Unbehagen an den Entscheidungen von Eltern und Jugendlichen, formal höherwertige Bildungsgänge zu wählen.

- Immer wieder wird deutlich, daß dem CDU-Programm ein Menschenbild zugrunde liegt, das von Begabungstypen ausgeht. Auch Anhänger des gegliederten Schulsystems sollten endlich bereit sein, eine solche schematische Denkweise aufzugeben.

- Offensichtlich besteht auch ein Widerwille gegen die starke Nachfrage nach formal hochstehenden Qualifikationen. Die GEW hält diese nostalgischen Tendenzen der CDU für falsch. Untersuchungen der OECD, wie auch Gutachten der Europäischen Gemeinschaft gehen davon aus, daß alle Industriegesellschaften über einen wesentlich höheren Anteil an qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verfügen müssen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Die Nachfrage nach formal höherwertigen Qualifikationen entspringt im übrigen einer langfristigen gesellschaftlichen Entwicklung und wird von Eltern sowie jungen Menschen, nicht von Parteipolitikern entschieden.

...



Das rückwärts gewandte Denken im CDU-Programm kommt auch darin zum Ausdruck, daß die verschiedenen Bildungsgänge, entgegen den positiven Erfahrungen in allen Bundesländern, gegeneinander abgeschottet werden sollen, Übergänge erschwert und damit zusätzliche Schwierigkeiten im Schulwesen geschaffen werden.

**Die GEW fordert die CDU-Bildungspolitiker auf, ein Bildungsprogramm zu entwickeln, das einer modernen konservativen Partei angemessen ist, und das für alle Parteien und Organisationen im Bildungswesen wirklich eine Herausforderung darstellt.**

Dieter Wunder

03.03.1993